

Kommunalwahl 2014

Wahlprogrammvorschlge zur KMV 2014.1



Inhaltsverzeichnis

Soziales, Kultur und Sport.....	3
Modul 96: Kosten für das Sozialticket.....	3
Modul 90: Abschaffung Ein-Euro-Jobs.....	3
Modul 91: Abschaffung von Zeitverträgen in Bereichen des Öffentlichen Dienstes.....	3
Modul 93: Stärkung von Selbsthilfe- und Beratungsgruppen.....	3
Modul 97: Zielgruppenpezifische Projekte	4
Modul 98 Partizipation in der Stadtentwicklung	4
Modul 99: Unterstützung von non-konformer Partizipation.....	4
**** Alternative zu 98/99 ****	4
Modul 100: Kommunale Daseinsfürsorge in Bürgerhand.....	5
Modul 101.....	5
Alternative Formulierungen und Ergänzungen:.....	5
*****Modul 93*****	5
*****Modul 97***** Alternative Formulierung.....	5
Modul 98: Ergänzung.....	6
Finanzen, Wirtschaft und Ordnung.....	6
Modul WFO02: Gegen nutzlose Überwachung	6
Modul WFO06: Jugendkriminalität und Prävention.....	6
Modul WFO07: Beschleunigtes Verfahren bei Jugendlichen und Heranwachsenden	6
Modul WFO08: Transparenz Staatsanwaltschaften (StA).....	7
Neues Modul WFO08a '(aus WFO 31 ausgetrennt):.....	7
Modul WFO09: Extremismus.....	7
Modul WFO11: Ökologisches Parksystem für die Essener Innenstadt.....	7
Modul WFO15: Infrastruktur im ÖPNV.....	7
Modul WFO16: Taktung ÖPNV.....	7
WFO16a:Barrierefreier Zugang:.....	8
Modul WFO18: Wirtschaftsförderung.....	8
Modul WFO19: Ausbau Glasfaser.....	8
Modul WFO24: Bauen und Wohnen.....	8
Modul WFO25: Raumplanerisch gelenkte, sozial gerechte Wohnraumpolitik.....	8
WFO 25a:.....	9
Modul WFO26: Bezahlbares Bauland.....	9
Modul WFO27: Zuschüsse für Unterkünfte.....	9
Modul WFO28: Nutzung städtischer Immobilien.....	9
Modul WFO30: Belegung der Innenstadt durch nutzerfreundliche Parkregelungen.....	9

Soziales, Kultur und Sport

Modul 96: Kosten für das Sozialticket

Durch das Sozialticket erhalten einkommensarme Bürger (SGB2 und SGB12) wieder Mobilität in ihrer Stadt und ihrer Umgebung. Darum fordern wir bis zur Einführung des fahrscheinlosen ÖPNV, die Bereitstellung des Sozialtickets in vollem Kostenumfang oder die Senkung des Ticketpreises. Der ALGII-Satz für ÖPNV beträgt ab dem 01.01.2014 - 19,90€. Das Sozialticket kostet jedoch 29,90€. Muss ein ALGII-Bezieher zum Vorstellungsgespräch in der Nachbarschaftsstadt, entstehen ihm noch einmal Zusatzaufwendungen von mind. 7,- € (Zusatztickets).

Modul 90: Abschaffung Ein-Euro-Jobs

Wir setzen uns dafür ein, die „Ein-Euro-Jobs“ (Vermittlung in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung) auszusetzen und statt dessen die Einführung von wirklich qualifizierenden Maßnahmen zu fördern. Das Ziel ist Arbeitssuchende in tariflich bezahlte Beschäftigungsverhältnisse zu bringen.

Modul 91: Abschaffung von Zeitverträgen in Bereichen des Öffentlichen Dienstes

In den Einrichtungen der Agentur für Arbeit sowie in weiteren Bereichen der öffentlichen Hand werden Mitarbeiter mit Zeitverträgen eingesetzt. Die in der freien Wirtschaft gängige Argumentation, Zeitverträge seien eine Voraussetzung, um flexibel auf die Wirtschaftslage reagieren zu können, kann für Kommunen, Land und Staat nicht gelten. Für den Staat sollte es möglich sein, eine mittel- bis langfristige Personalplanung zu realisieren, die den neu eingestellten Mitarbeitern eine Perspektive ohne Zeitverträge ermöglicht und diese nicht erpressbar macht.

Die seit Jahren gängige Praxis der Städte, Tochtergesellschaften zu gründen um die Tariflöhne zu umgehen, halten wir für sehr bedenklich. Noch bedenklicher ist es nach unserer Auffassung, dass die Stadt Essen in der letzten Zeit vermehrt Vereine mit dem Ziel gründet, zum Teil illegale und prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen. Wie lehnen diese Praxis entschieden ab und fordern von der Stadt Essen auf, endlich Abstand von dieser Art der Ausgliederung von Aufgaben der öffentlichen Daseinsfürsorge zu nehmen.

Modul 93: Stärkung von Selbsthilfe- und Beratungsgruppen

Der Bürokratieapparat der Jobcenter im Land fordert von den Hilfebedürftigen, einen wahren Wald aus Formularen zu bewältigen. Es wird eine Vielzahl an Nachweisen verlangt und der Hilfesuchende muss dies alles allein und in kürzester Zeit verstehen und erbringen. Oftmals wird ihm eine Eingliederungsvereinbarung nach § 15 SGB 2 vorgelegt, die er dann ohne die Möglichkeit einer fachlichen Prüfung unterschreiben soll. Somit befindet sich der Hilfsbedürftige nicht in einer angemessenen, gleichberechtigten Verhandlungsposition, wie die Grundsätze des Vertragsrechts es fordern. Wir fordern daher schnellstmöglich einen Finanztopf ähnlich der Unterstützung von Verbraucherschutzorganisationen, um die lokalen Arbeitslosen-Selbsthilfe- und Beratungsgruppen für Beratungsgespräche zu stärken. Als Voraussetzung für die Förderung muss Hilfeempfängern die Möglichkeit gegeben werden, etwaige Verträge vor Unterschrift dort prüfen zu lassen. Vereine und Hilfsgruppen, die Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung anbieten oder durchführen, sind explizit von der Nutzung dieser Töpfe ausgenommen.

Außerdem setzt sich die Piratenpartei Essen für eine Stärkung des Ehrenamtes ein. Wir fordern eine wesentlich stärkere Wertschätzung des Ehrenamtes. Dies zum Beispiel durch die Einführung eines

„Ehrenamtsticket“ geschehen. Wir empfehlen ebenfalls die Prüfung der Möglichkeit der Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeiten auf die Ausbildungszeit in nahestehenden Berufsfeldern.

Modul 97: Zielgruppenpezifische Projekte

Wir fordern die Stadt Essen dazu auf, Projekte zielgruppenspezifisch zu unterstützen. In einer großen Kommune wie der Stadt Essen, existieren sehr viele Gruppen mit sehr unterschiedlichen Interessen und Bedürfnissen. Eine zielführende Politik im Rahmen von positiver Sozial- und Strukturentwicklung, kann nicht unabhängig von diesen Gruppen erfolgen. Auch der Tatsache, dass es große Unterschiede z.B. zwischen den existierenden Gruppen im Essener Süden und im Essen Norden gibt, muss Rechnung getragen werden. Deshalb fordern die Piraten Strukturen, die darauf ausgerichtet sind, speziell diese Gruppen bei der Entwicklung von politischen Konzepten und der Initiierung von Projekten mindestens in einem repräsentativen Verhältnis zu beteiligen.

Modul 98 Partizipation in der Stadtentwicklung

Die Piraten in Essen fordern, dass das Agenda 21 Prinzip (Rio 1992) umzusetzen konsequent wird. Wie die Verödung und Verelendung einiger Stadtteile in Essen zeigt, ist es sinnvoll, dass möglichst viele Bürger durch einen lokalen Aktionsplan, in die Stadtteilentwicklung einbezogen werden. Durch die Beteiligung von freien Trägern der offenen Kinder und Jugendarbeit, soziale und kulturelle Vereine auf lokaler Ebene und Einrichtungen der Kinder und Jugendhilfe kann eine zielgruppenspezifische Partizipation sicher gestellt und somit die Akzeptanz von Maßnahmen der Stadtentwicklung erhöht werden.

Ein so genannter Top-Down Ansatz bei der Entwicklung von Instrumenten zur Steuerung der Stadtentwicklung hat sich in der Vergangenheit als wenig zielführend herausgestellt, wie alleine das Nord-Südgefälle zeigt. Es ist deshalb nach unserer Ansicht nicht zu befeuern, warum solche Ansätze in der Stadtverwaltung immer noch etabliert sind.

Modul 99: Unterstützung von non-konformer Partizipation

Wir finden Beteiligung von Menschen in ihrem direkten Umfeld unterstützenswert. Diese Beteiligung kann nicht nur in den behördlich vorgesehenen Bahnen verlaufen. Partizipation bedeutet für uns auch andere Wege zu gehen und sich auch dort einzubringen, wo dies nicht vorgesehen ist. Partizipation kann auch außergewöhnlich sein und in vorher nicht erwarteten Bahnen stattfinden. Wir sehen nicht ein, dass die Stadt Essen teilweise hohe Summen für Polizeieinsätze aufwendet, um diese Beteiligung von Menschen im öffentlichen Raum zu unterbinden, obwohl kein unmittelbarer Schaden entsteht. Wir setzen uns daher dafür ein, vor dem Einsatz massiver Geld- und Polizeimittel verbindlich und öffentlich ermittelt wird, ob durch ein durch Bürger initiiertes Beteiligungsprojekt Schaden überhaupt entstehen kann.

****** Alternative zu 98/99 ******

Wir sehen in Essen einen Mangel an kostenfrei zugänglichen Räumen für politische und soziale Interaktion von Bürgern. Das Fehlen solcher Freiräume macht sich nicht erst durch die Besetzung und der daraus folgenden Bürgerinitiative Bärendelle bemerkbar. Auch die Schließung des Jugendzentrums Papestraße und der unangebrachte Ersatz dessen durch die Weststadthalle sind Ausdruck davon. Deshalb setzen wir uns für die Förderung alternativer Projekte ein und sehen die Stadt in der Pflicht, das öffentliche Leben in der Stadt zu verbessern und die Bürger dabei zu unterstützen, sich solche Freiräume selbstständig nach ihren Wünschen einzurichten.

Modul 100: Kommunale Daseinsfürsorge in Bürgerhand

Wir sehen den Auftrag der kommunalen Strom-, Gas-, Wärme- und Stromversorger nicht im größtmöglichen Erfolg auf dem Markt, sondern in der lückenlosen und kostengünstigen Versorgung der Bürger. Ein privater Anbieter kann diesem Ziel nicht (oder nur sehr eingeschränkt) dienen. Deshalb setzen wir uns für eine vollständige Rekommunalisierung und Demokratisierung dieser Aufgaben ein. Privatisierung in der kommunalen Versorgung geschieht zu Lasten der einkommensschwachen Bürger in der Stadt. Um einer Privatisierung entgegenzuwirken, sollen regionale Zusammenschlüsse und Kooperationen geprüft werden. Die Möglichkeit auf die Entwicklung der kommunalen Versorgungsnetze Einfluss zu nehmen ist der Schlüssel für die Gestaltung bzw. Finanzierung der lokalen und regionalen Energiewende

Modul 101

Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist politische Querschnittsaufgabe. Direkte Beteiligung bei sie betreffenden Angelegenheiten, fördert bürgerschaftliches Engagement, politische Willensbildung und fördert die Ausbildung zu mündigen Bürger. Somit trägt Partizipation wesentlich zu einer zukunftsfähigen, demokratischen Gesellschaft bei.

Das Partizipation besonders von Jugendlichen auch kommunal- und landespolitisch gewünscht ist, zeigt die Initiative des Landesjugendrings in Kooperation mit dem Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport "Umdenken-Jungdenken" sowie die dauerhafte Implementierung kommunaler Jugendparlamente, die sich im landesweiten Kinder- und Jugendrat NRW zusammengefasst haben und durch das Landesjugendamt unterstützt werden.

Daher fordert die Piratenpartei Essen die Einrichtung eines kommunalen Kinder- und Jugendparlamentes.

Alternative Formulierungen und Ergänzungen:

*******Modul 93*******

Ergänzung:

Wir Piraten setzen uns außerdem für eine Stärkung des Ehrenamtes ein. Viel wird darüber diskutiert wie die Zukunft der bürgerlichen Gesellschaft aussieht. Alle scheinen sich darüber einig zu sein, dass das Ehrenamt in dieser Zukunft eine wichtige Rolle spielen wird. Wir als Piraten glauben jedoch daran dass dies schon heute der Fall ist und fordern eine wesentlich stärkere Wertschätzung des Ehrenamtes. Dies könnte durch die Stadt Essen zum Beispiel durch die Einführung eines „Ehrenamtsticket“ geschehen. Wir empfehlen ebenfalls die Prüfung der Möglichkeit der Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeiten auf die Ausbildungszeit in nahestehenden Berufsfeldern.

*******Modul 97***** Alternative Formulierung**

Wir fordern die Stadt Essen dazu auf, Projekte zielgruppenspezifisch zu unterstützen. In einer großen Kommune wie der Stadt Essen, existieren sehr viele Gruppen mit sehr unterschiedlichen Interessen und Bedürfnissen. Eine zielführende Politik im Rahmen von positiver Sozial- und Strukturentwicklung, kann nicht unabhängig von diesen Gruppen erfolgen. Auch der Tatsache, dass es große Unterschiede z.B. zwischen den existierenden Gruppen im Essener Süden und im Essen Norden gibt, muss Rechnung getragen werden. Deshalb fordern die Piraten Strukturen, die darauf ausgerichtet sind, speziell diese Gruppen bei der Entwicklung von politischen Konzepten und der Initiierung von Projekten mindestens in einem repräsentativen Verhältnis zu beteiligen.

Modul 98: Ergänzung

Ein so genannter Top-Down Ansatz bei der Entwicklung von Instrumenten zur Steuerung der Stadtentwicklung hat sich in der Vergangenheit als eher hinderlich und unpraktisch herausgestellt. Wir sind deshalb sehr unzufrieden das sich solche Ansätze in der Stadtverwaltung immer noch die Oberhand haben. Wir schlagen deshalb als Alternative vor: die Möglichkeit zu schaffen die Zielgruppenspezifische Beteiligung und die Stärkung von non-konformer Partizipation umzusetzen empfehlen wir die Entwicklung eines lokalen Aktionsplanes unter der Einbeziehung allen beteiligten Akteuren wie unter anderem in dem Agenda 21 (Rio1992) Prinzip vorgesehen, sowie die Einbeziehung freier Träger der offenen Kinder und Jugendarbeit, sozialer und kultureller Vereine auf lokaler Ebene und Einrichtungen der Kinder und Jugendhilfe.

Finanzen, Wirtschaft und Ordnung

Modul WFO02: Gegen nutzlose Überwachung

Überwachungskameras können manchmal bei der Aufklärung von Straftaten mithelfen und diese erleichtern. Meistens jedoch bringt das Videomaterial keinen Zusatznutzen. Kameras bieten daher meistens nur einen bequemen Vorwand um Personal bei der Polizei einzusparen. In manchen Essener Gegenden wie z. B. im Großraum Steele ist der Personalabbau bereits Realität. Dort findet in den Nachtstunden und am Wochenende kein Wachbetrieb vor Ort mehr statt, sondern wird von der Hauptwache in der Essener Innenstadt bedient. Wir treten mit Nachdruck dafür ein, dass hier nicht auf Kosten der Sicherheit der Einwohner die echte Polizei durch Kamera-Vogelscheuchen ersetzt wird. Anstatt, dass jede Ecke der Stadt in mäßiger Qualität gefilmt wird soll durch Präsenz von Polizei- und staatlichen Ordnungskräften insbesondere an Brennpunkten die Sicherheit echt und ohne den schlechten Beigeschmack der Überwachung gewährleistet werden. Dies wird in Essen bereits viele Jahre erfolgreich durch die sogenannte Ordnungspartnerschaft zwischen Polizei und Ordnungsamt in der Essener Innenstadt in Form der sogenannten Doppelstreife praktiziert. Die Reduzierung der Doppelstreife und damit den Ersatz staatlicher Ordnungskräfte durch private Sicherheitsfirmen lehnen wir entschieden ab.

Modul WFO06: Jugendkriminalität und Prävention

Im Bereich der Jugendkriminalität ist von Symptombekämpfung und Aktionismus Abstand zu nehmen. Die Antwort auf das Problem der Jugendkriminalität ist nicht, jeden jungen Menschen als potenziellen Straftäter von morgen zu behandeln. Die Bekämpfung der Jugendkriminalität muss an den Ursachen ansetzen, indem die Bildungs- und Berufsperspektiven konsequent verbessert werden. Wir fordern die Ausweitung von Resozialisierungsangeboten für junge Straftäter, zum Beispiel Patenschaften, um deutlich zu machen, dass die Abwärtsspirale sehr wohl durchbrochen werden kann.

Modul WFO07: Beschleunigtes Verfahren bei Jugendlichen und Heranwachsenden

Wir fordern eine Verkürzung von Strafverfahren durch konsequente Umsetzung des sogenannten "vereinfachten Verfahrens", um eine effiziente Strafverfolgung zu gewährleisten, die gleichermaßen der Repression und der Resozialisierung Rechnung trägt. Gerade jungen und Ersttätern muss der Zusammenhang von Tat und Strafe stärker als bisher vor Augen geführt werden.

Modul WFO08: Transparenz Staatsanwaltschaften (StA)

Wir fordern die StA Essen und alle mit Strafverfahren in Essen betrauten StAen auf, dem Bürger ihren Personalaufwand und ihre Aufklärungsquoten sowie angeklagte Schadenshöhen offen zu legen. Die Veröffentlichung soll auf den jeweiligen Websites der StAen erfolgen und von essen.de übernommen werden. Geltende Gesetze und der ausstehende Ermittlungserfolg bei laufenden Verfahren dürfen hierdurch nicht beeinträchtigt werden.

Neues Modul WFO08a '(aus WFO 31 ausgetrennt):

Straßenbeleuchtung trägt neben erhöhter Verkehrssicherheit bei Dunkelheit zu einem erhöhten Sicherheitsgefühl bei. Helligkeit ist ein zentrales Element der städtebaulichen Kriminalprävention.

Die Piraten lehnen eine Verkürzung der Leuchtzeiten grundsätzlich ab. Weitere Verkürzungen der Leuchtzeit befürworten wir nur im Einzelfall mit Zustimmung der Anwohner.

Modul WFO09: Extremismus

In unserer Gesellschaft darf kein Platz für Extremismus, Rassismus und Antisemitismus sein. Rechts-/Linksextreme Propaganda muss als solche bloßgestellt und unsere demokratischen Werte ihr gegenübergestellt werden. Bei der Strafverfolgung ist ein vermehrtes Augenmerk auf Staatsschutzdelikte zu setzen. Wir setzen uns für den Bestand und den Erhalt unseres Grundgesetzes ein.

Modul WFO11: Ökologisches Parksystem für die Essener Innenstadt

Änderung: Bis zur Einführung des fahrscheinlosen ÖPNV fordern wir für die Stadt Essen ein ökologisch und wirtschaftlich sinnvolles Konzept zur Nutzung des öffentlichen Parkraumes in der Innenstadt. Fahrzeuge mit geringerem CO₂ Ausstoß als 120g/Km sollen mit einer Plakette und Parkscheibe bis zu zwei Stunden in der Innenstadt frei parken dürfen. Dies unterstützt das Bild von Essen als Einkaufsstadt, hat positive Auswirkungen auf die Umwelt und könnte dem Einzelhandel in der Stadt einen Schub geben sowie dem gestressten Bürger eine Sorge abnehmen.

Modul WFO15: Infrastruktur im ÖPNV

Derzeit besteht der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) aus 38 Teilgesellschaften. Alle davon haben einen eigenen Vorstand, viele einen Aufsichtsrat. Ein gemeinsamer Einkauf zum Aushandeln besserer Preise wird derzeit nicht oder nur in viel zu geringem Umfang genutzt. Ende 2013 hat die Mülheimer Verkehrsgesellschaften Straßenbahnen eingekauft, kurz nach der EVAG. Dies geschah unabhängig voneinander. Kooperation hätte hier für beide Städte bares Geld bedeutet.

Wir fordern die Verkleinerung der Anzahl der Teilgesellschaften, mindestens aber eine Zusammenlegung wesentlicher zentraler Aufgaben. Durch einen gemeinsamen Einkauf könnten den Steuerzahlern jede Menge unnötige Ausgaben erspart bleiben.

Modul WFO16: Taktung ÖPNV

Die Taktfrequenzen sind auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger auszurichten und im Bedarfsfall zu verdichten. Wo und wann Fahrgelegenheiten benötigt werden, soll durch Bürgerumfragen ermittelt werden.

Soweit örtlich sinnvoll, soll das in Kettwig erfolgreich praktizierte Modell der Bürgertaxen ausgebaut werden.

WFO16a:Barrierefreier Zugang:

Das Personenbeförderungsgesetz (PBefG) verlangt , für die Nutzung des ÖPNV bis zum 01. Januar 2022 eine vollständige Barrierefreiheit zu erreichen. In Essen sind weniger als 20% der Haltepunkte barrierefrei ausgebaut. Nach Angaben der EVAG sind über 200 Millionen EUR nötig, um den barrierefreien Zugang an allen Haltepunkten zu gewährleisten.

Die Piratenpartei Essen fordert erhöhte Budgets für den weiteren Ausbau bereitzustellen. Die Barrierefreiheit muss spätestens bis 2025 hergestellt sein. Einen barrierefreien Zugang zu den Bahnhöfen streben wir bis 2020 an.

Modul WFO18: Wirtschaftsförderung

Immer mehr namhafte und traditionelle Essener Firmen wandern aus Essen ab, da sie hier keine geeigneten Firmenstandorte oder Infrastruktur vorfinden. Beispielhaft sind hier der Immobilienentwickler mfi und der Getränkehersteller Stiftsquelle genannt.

Wir fordern eine forcierte Ausschreibung von attraktiven und ausreichend großen Gewerbeflächen. Wir fordern eine investitionsmotivierende Politik zur Ansiedlung von zukunftsweisenden Industrien im Essener Stadtgebiet. Ein Gründerzentrum in unmittelbarer Nähe des Universitätscampus in Kooperation mit dem Science-Support-Center der Universität Duisburg-Essen ist unser erklärtes Ziel.

Modul WFO19: Ausbau Glasfaser

Um Unternehmen in der Region zu halten und für auswärtige Unternehmen anzuziehen sehen wir einen Ausbau der Internetanbindung auf Glasfaserbasis als unerlässlich an. Haushalte und insbesondere Firmen profitieren von einem Glasfaserausbau. Gerade in einem Ballungsgebiet wie dem Ruhrgebiet ist der Ausbau der Internet-Infrastruktur preislich mehr als lohnend und muss dringend vorangetrieben werden um die Stadt attraktiv zu machen. Der derzeitige Kooperationspartner beim Ausbau -- Essen.net -- ist offensichtlich seit Jahren nicht in der Lage, den Ausbau voranzubringen. Wir fordern den unverzüglichen Neustart zur Suche nach einem neuen, kompetenten Kooperationspartner.

Modul WFO24: Bauen und Wohnen

Präambel

Die Stadt Essen leidet seit den 1960er Jahren unter einem massiven Einwohnerschwund. Zeitgleich pendeln jeden Tag etwas 50.000 Arbeitnehmer netto mehr zu ihrem Arbeitsplatz in Essen. In diesem Bewegungssaldo liegt für Essen ein enormes Potential an zukünftigen Einwohnern.

Modul WFO25: Raumplanerisch gelenkte, sozial gerechte Wohnraumpolitik

Präambel

Zur Menschenwürde gehört auch menschenwürdiger Wohnraum. Dieser muss daher auch für jedermann bezahlbar sein.

Derzeit ist eine starke soziale Entmischung in Essen zu beobachten, die sich in der so genannten Ghettoisierung an bestimmten Standorten offenbart. Wir beobachten eine intensive Gentrifizierung, also eine Aufwertung von Wohnraum mit weitreichenden sozialen Folgen. Diese äußert sich bei innerstädtischen Altbauquartieren wie beispielsweise in Rüttenscheid und durch die Entwicklung von hochpreisigen Neubaugebieten wie etwa in Kettwig. Stärker als je zuvor manifestiert die A40 das in Essen herrschende Nord-Süd-Gefälle. Der Wohnstandort Essen hat nach wie vor mehr als 10.000 leer

stehende Wohneinheiten.

WFO 25a:

Der Allbau muss stärker als bisher als städtisches soziales Element der Wohnraumplanung begriffen werden. Wir wollen, dass der Allbau den Wohnbestand in sozial benachteiligten Gebieten durch Renovierung bzw. Abriss den verbleibenden Wohnraum aufwertet. Wir sehen den Bereich um den Krupp Park als positives Beispiel der Stadtentwicklung.

Modul WFO26: Bezahlbares Bauland

Wir fordern deutlich mehr bezahlbares Bauland auszuschreiben, um so gerade jungen Familien die Möglichkeit zu geben, in Essen dauerhaft ansässig zu bleiben oder hier eine neue Heimat zu finden. Wir möchten dem Lückenschluss in bereits erschlossenen Wohngebieten und der Umwidmung von Leerständen Vorrang vor Erschließung zum Nachteil von Grünflächen geben, nicht zuletzt damit Essen die grünste Stadt in NRW bleibt.

Modul WFO27: Zuschüsse für Unterkünfte

Wir setzen uns dafür ein, dass die Höhe von Zuschüssen für Wohnraum an die aktuellen, marktüblichen Preise angepasst werden, wenn der Wohnraum aus staatlichen Transferleistungen finanziert wird.

Modul WFO28: Nutzung städtischer Immobilien

Die Stadt Essen verfügt nach wie vor über einen großen Immobilienbestand in Form von Wohngebäuden des Allbau, aber auch öffentlichen und Gewerbegebäuden. Sind Immobilien nicht mehr wirtschaftlich nutzbar, so kommt ihrer Verwertung erhöhtes Augenmerk zu. Sollten sich Immobilien als nicht verwertbar herausstellen, so ist konsequent ihr Abriss und die Grundstücksverwertung voranzutreiben. Jahrelanges Brachliegen und Verwahrlosung wie beispielsweise im Falle der alten Volkshochschule sind Schandflecken für die Stadt und müssen vermieden werden. Anstelle von Leerständen soll nach unserer Ansicht auch über die alternative Nutzung von Stadtimmobilien, z. B. durch sozial oder kulturell orientierte Bürgerinitiativen, nachgedacht werden. Ein Ansatz kann hier eine Institutionen übergreifende Nutzung unter Trägerschaft von Einzelmietern oder aber Trägervereinen sein. Potentielle Nutzer stellen Kulturschaffende, Sportvereine, aber auch Kleinunternehmer und Selbstständige dar.

Eine vorrangige Nutzung leerstehender Immobilien kommt hier der Bildung zu. Die Universität Duisburg-Essen leidet am Campus Essen auch nach Fertigstellung der neuen Hörsäle in der Neuen Mitte Essen unter Platzmangel und ist dazu gezwungen, umfangreich Lehrräume privatwirtschaftlich anzumieten. Aufgrund dessen finden Übungen und Vorlesungen teilweise sogar in Kinohörsälen und zu sehr ungünstigen Zeiten (20-22 Uhr) statt. Darüber hinaus haben auch private Bildungsträger Mühe, in Essen angemessene Räumlichkeiten zu finden. Diesen Einrichtungen sollte möglichst unbürokratisch geholfen werden. Als Beispiel für nutzbare Räumlichkeiten sei hier die Markscheideschule in Altendorf genannt.

Modul WFO30: Belebung der Innenstadt durch nutzerfreundliche Parkregelungen

Die Essener Innenstadt hat massiv mit der Konkurrenz nah gelegener Einkaufszentren und Ausgevierteln zu kämpfen, die kostenlosen Parkraum in großer Zahl anbieten.

Auch für Teilnehmer des Individualverkehrs sollte es attraktiv bleiben, die "Essener Innenstadt"

anzusteuern.

Daher setzen wir uns für eine sofortige Verkürzung der gebührenpflichtigen Parkzeit in der Innenstadt Essen auf 18 Uhr ein, um so eine Belebung des Einzelhandels und der Gastronomie zu fördern und so die wirtschaftsfeindliche Parkzeitausdehnung des Essener Stadtkämmerers aufzuheben.